

Abg. Smielick stellte fest, dass die Anhebung der Gebühren sowohl auf Investitionen als auch auf die Anhebung der MWST zurückzuführen sei. Die Anhebung des Grundpreises um 10 % sei insoweit kritisch zu betrachten, da diese von allen Gebührenzahlern zu finanzieren sei, obwohl keine konkrete Leistung in Anspruch genommen werde. Die Geschäftsführerin der RSAG habe darauf hingewiesen, dass die Abfallentsorgung in Eigenregie ab 2007 zu Kostenersparnissen führe. Hervorzuheben sei, dass die Rekommunalisierung nicht Ursache der Gebührenanhebung sei. Die FDP-Kreistagsfraktion habe sich in der Vergangenheit mit der Entscheidung, die Abfallentsorgung wieder in Eigenregie durchzuführen, kritisch auseinandergesetzt. Man habe sie unterstützt, da dieser Schritt auch als Akt gegen die Monopolisierung auf dem Abfallsektor und damit gegen die damit verbundene undurchsichtige Preisgestaltung verstanden werde. Nun müsse man die weitere Entwicklung abwarten. Es bleibe zu hoffen, dass in den Folgejahren keine weiteren Gebührenanhebungen notwendig werden. Für die gute Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung der RSAG dankte er im Namen der FDP-Kreistagsfraktion.

Der Kreistag fasste sodann nachstehenden Beschluss: